Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 53. **Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise Neuß und Grevenbroich** Telephon Nr. 53.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigaben täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund", wöchentlich die landwirtschaftliche Beilage „Rhein. Bauernfreund" und das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das Illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden. —

Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neungespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die viergespaltene Reklamezeile 70 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 6½ Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 208. | Redaktion Jos. Grunau. | Freitag, 18. April 1913. (Eleuther., Apollonius.) | Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß | 40. Jahrgang.

Abgeordnetenhaus.

167. Sitzung vom 16. April.

Am Ministertisch: Dr. Lentze, Freiherr v. Schorlemer, Dr. Sydow.

Präsident Graf **Schwerin** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Dritte Lesung des Etats.
2. Tag.

Gestütverwaltung.

Abg. **v. Oertzen** (freik.) beantragt eine Resolution, die Regierung zu ersuchen, eine Verständigung zwischen dem Landwirtschafts- und Kriegsminister darüber herbeizuführen, daß die Festsetzung der Preise für die anzukaufenden Remonten nach vorhergehender Verständigung mit dem Landwirtschaftsminister erfolgen möge.

Abg. **Johannsen** (freik.): Wenn man das Hauptgestüt Graditz verlegen will, so soll man es statt nach Weißensee lieber in den Kreis Oldenburg in Schleswig verlegen.

Minister **v. Schorlemer**: Bei der bevorstehenden Heeresverstärkung werden wir auch mehr Remonten brauchen und dabei, was ja sowohl im Interesse der Landwirtschaft und auch des Militärs liegt, diejenigen Provinzen bevorzugen, die sich schon heute der Zucht eines brauchbaren Militärpferdes gewidmet haben Wir suchen noch nach ein.em geeigneten Ersatz für Garditz.

Die Resolution Oertzen wird angenommen.

Die Bergverwaltung.

Die Abgg. **Göbel** (Ctr.) und **Korfanty** (Pole) besprechen die schlechten Einkommensverhältnisse und die lange Arbeitszeit der oberschlesischen Bergarbeiter.

Minister Dr. **Sydow**: Die Regierung kann erst vermitteln, wenn beide Teile dazu geneigt sind. Die Temperatur- und Arbeitsverhältnisse in Oberschlesien sind günstiger als in Westfalen. Auch die Löhne sind nicht so schlecht, wie es gemacht wird. Ein Streik würde jedenfalls ungünstig auslaufen, zumal die Katholiken jedenfalls nicht mitmachen werden.

Abg. Dr. **v. Woyna** (freik.): Das Kaligesetz hat viele Unzuträglichkeiten mit sich gebracht. Man sollte sie beseitigen, ohne die Rechte der hannoverschen Grundeigentümer anzutasten. Ich hoffe, daß etwas ähnliches wie der belgische Generalstreik in Preußen sich niemals ereignen wird. Als Vorbeugungsmittel empfehle ich, große Kohlenlager anzulegen.

Minister Dr. **Sydow**: Der unbeschränkten Erschließung neuer Kalischächte muß vorgebeugt werden, aber Ausnahmebestimmungen zu gunsten Hannovers kann ich nicht machen.

Handel und Gewerbe.

Abg. **Hammer** (kons.): Der Fonds für Meisterkurse sollte erhöht werden.

Abg. **Rahardt** (kons.): Wir gehen vermutlich schlechten Zeiten entgegen, wie wir sie seit Ende der siebziger Jahre nicht gehabt haben. Man erleichtere nicht zu sehr die Bildung von Aktiengesellschaften und beschränke die ausländischen Emissionen, sonst kann der gewerbliche Mittelstand sein Geldbedürfnis nicht decken. Im nächsten Etat sollte der Titel zur Förderung des kleingewerblichen Genossenschaftswesens erhöht werden.

Minister Dr. **Sydow**: Ich glaube ja auch nicht, daß die Entwicklung im selben Maße fortschreiten wird, fürchte aber auch nicht, daß die Konjunktur stark zurückgehen wird.

Abg. Dr. **Ehlers** (Vp.): Die Lage des Handels und Gewerbes hat sich in der Tat verschlechtert, und nach dem großen Aderlaß wird es noch schlimmer werden. Die kleineren und mittleren Geschäfte sind in schwieriger Lage, zum Beispiel der Tabakhandel. Die Geschäfte sind durch Steuern belastet durch kommunale und staatliche Konkurrenz. Gegen Notstandsverkäufe freilich, wie jetzt für Fleisch und Fisch, läßt sich nichts einwenden.

Abg. Dr. **Schröder-Kassel** (ntl.): Auch wir werden für eine Erhöhung des Fonds für das kleingewerbliche Genossenschaftswesen stimmen.

Abg. **Giesberts** (Ctr.): Der einmalige Wehrbeitrag ist kein Aderlaß. Die dauernde Deckung darf nicht durch Konsumsteuern aufgebracht werden. Im Malergewerbe haben die Zwangsinnungen den Malermeistern, die sich ihren Beschlüssen auf Aussperrung nicht fügen würden, eine Strafe von 20 Mark auf den Gesellen angedroht.

Minister Dr. **Sydow**: Ich habe sofort meine Ansicht dargetan, daß ein solcher Innungsbeschluß mit der Gewerbeordnung nicht in Uebereinstimmung zu bringen ist.

Abg. **Borchardt** (Soz.): Ueber diese Ministererklärung können wir uns einmal ausnahmsweise freuen. Der Redner spricht sodann über die Heeresvorlage und die Zustände in den Bäckereien.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag **Rahardt** auf Erhöhung der Unterstützung des Genossenschaftswesens wird genehmigt.

Die Justizverwaltung.

Abg. Dr. **Lohmann** (ntl.) wünscht Dienstwohnungen für Richter.

Minister Dr. **Beseler**: Wir verfolgen diese Bestrebungen mit größter Aufmerksamkeit.

Abg. Dr. **Fleisch** (Vp.) kritisiert eine Kammergerichtsentscheidung über Fürsorgeerziehung.

Minister Dr. **Beseler**: Auf die Entscheidungen des Kammergerichts habe ich keinen Einfluß. Es schweben übrigens Erwägungen, die Bestimmungen über die Fürsorgeerziehung zu ändern.

Zentralgenossenschaftskasse.

Abg. Dr. **Crüger** (Vp.): Die Preußenkasse arbeitet zuviel mit Süddeutschland und ist dadurch schon eine deutsche Genossenschaftskasse geworden.

Präsident **Dr. Heiligenstadt**: Der Verkehr mit Süddeutschland ist ganz minimal, und es ist immer so gewesen.

Abg. Dr. **Crüger** (Vp.): Ich halte meine Behauptung aufrecht.

Unterstaatssekretär **Michaelis**: Wenn der Abg. Dr. Crüger Behauptungen aufstellt, so soll er sie erst einmal beweisen.

Nach weiteren Auseinandersetzungen schließt die Debatte.

Allgemeine Finanzverwaltung.

Abg. Dr. **v. Kries** (kons.): Ich habe namens meiner Freunde folgende Erklärung abzugeben: Es empfiehlt sich nicht, im gegenwärtigen Augenblick in den bundesstaatlichen Parlamenten die Einzelheiten der Deckung der Militärvorlage zu erörtern. Aber wir können nicht darauf verzichten, kurz unseren grundsätzlichen Standpunkt klarzulegen. Der starke Eingriff eines einmaligen Wehrbeitrages kann als eine Ausnahmemaßregel in Anbetracht des Ernstes der Sachlage ertragen werden. Die Aufbringung der fortlaufenden Kosten unter völligem Verzicht auf das dem Reiche in erster Linie vorbehaltene Gebiet der indirekten Besteuerung muß schwere Bedenken erregen. Wenigstens muß die Finanzhoheit der Einzelstaaten, soweit als irgend möglich, geschont werden, und es sind die Maßnahmen zu vermeiden, welche die finanzielle Selbständigkeit der Bundesstaaten in Frage stellen und daher den föderativen Charakter des Reiches verletzen. Die Regierungsvorlage überläßt auch den Einzelstaaten die Ausgestaltung der aufzubringenden Besitzsteuern.

Abg. Freiherr **v. Zedlitz** (freik.): Wir schließen uns den Bedenken des Vorredners vollkommen an. Wenn das Reich die Vermögenssteuer oder einen Teil davon an sich ziehen würde, so müßte schließlich auch die Einkommensteuer folgen, und daraus ergäbe sich das vollkommene Aufhören der Finanzhoheit der Einzelstaaten. Deshalb ,ist die Reichsvermögenssteuer für uns völlig unannehmbar.

Finanzminister Dr. **Lentze**: Der Reichskanzler hat bereits dargelegt, welche schweren Konsequenzen die Reichsvermögenssteuer haben würde. Wenn eine starke Inanspruchnahme des Vermögens durch das Reich erfolgt, so muß die Einkommensteuer entsprechend reduziert werden. Es gehen also durch diese Reichssteuer die Einnahmen im Staate und in den Kommunen zurück. Wenn das Reich eine Vermögenssteuer dekretiert, so gehen wir höchst unerfreulichen Zuständen entgegen. Wer werden leistungsunfähig und abhängig vom Reich.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.): Ein verabredetes Drama wird hier aufgeführt. Ein Pronunciamento der preußischen Regierung und der preußischen Fronde gegen das Reich! Das ist ein drastischer Beweis für den preußischen Junkerübermut und seine frivole Auffassung vom Reich.

Finanzminister Dr. **Lentze**: Die Sozialdemokraten sind die Lohgerber, denen die Felle weggeschwommen sind. Von Fronde kann gar keine Rede sein. Selbst der Reichskanzler hat sich gegen die Reichsvermögenssteuer ausgesprochen.

Abg. Dr. **Friedberg** (ntl.): Ich will meinen politischen Freunden im Reichstage nicht vorgreifen, aber wir halten an dem Standpunkte fest, daß wir eine allgemeine Besitzsteuer haben müssen. Ob es nun eine Reichsvermögenssteuer oder eine Reichserbschaftssteuer oder eine andere Art wird, läßt uns ziemlich kühl. Ich vermisse, daß Sie gar nicht auf die Erbschaftssteuer gekommen sind. Das ist doch die Steuer, die alle Schwierigkeiten beseitigt.

Finanzminister Dr. **Lentze**: Ich stimme dem Abg. Dr. Friedberg in manchem bei, aber zwischen der Vorlage der verbündeten Regierungen und einer Reichsvermögenssteuer ist doch noch ein großer Unterschied. Ich bitte erneut dringend darum, davon abzusehen.

Abg. **v. Savigny** (Ctr.): Wenn die Aktion der Konservativen nicht den richtigen Widerhall gefunden hat, so liegt das daran, daß sie besser hätte vorbereitet werden müssen. Wenn man die Erbschaftssteuer für ungeeignet hält, so wird man wohl oder übel zu einer Art Besitzsteuer greifen müssen. Woher soll denn das Geld kommen. (Beifall im Centr.)

Abg. Dr. **Mugdan** (Vp.): Die Deckungsfrage ist auch ein Beweis, wie die Regierungen ihre Ansichten wechseln. Unter diesen Deckungsvorlagen müssen die Finanzen, besonders der Staaten stark leiden, die nicht, wie Preußen, die Einnahmen der Eisenbahnen haben. Leider wird auch der Grundstücksstempel verewigt.

Deutscher Reichstag.

141. Sitzung vom 16. April.

Am Tische des Bundesrats: v. Jagow, Dr. Delbrück.

Präsident Dr. **Kämpf** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten.

Der Etat für das Auswärtige Amt.

Staatssekretär **v. Jagow**: Hinsichtlich des Vorfalls in Nancy hat der französische Minister des Aeußern unserem Botschafter in Paris mitgeteilt, daß die bis jetzt vorliegenden Berichte der Lokalbehörden in Nancy keinen genügenden Aufschluß über alle Tatsachen geben, und daß daher die französische Regierung einen hohen Staatsbeamten mit der Vornahme einer strengen und gründlichen Untersuchung betraut habe. Das Ergebnis ist abzuwarten. Der kaiserliche Statthalter in Straßburg hat uns die Uebersendung der von den Lokalbehörden in Metz sofort aufgenommenen Protokolle in Aussicht gestellt. Sie werden unserem Botschafter in Paris übersandt werden, damit die Untersuchung eröffnet wird.

Unterstaatssekretär **Zimmermann** erwidert auf die gestrigen Anregungen des Abg. Dr. Paasche, daß wir in China chinesisch sprechende Beamte verwenden, soweit sie zur Verfügung stehen. Aber auch mit solchen, die nicht die chinesische Sprache beherrschen, haben wir gute Erfahrungen gemacht, zum Beispiel mit Herrn v. Mumm. Die Bedeutung der chinesischen Sprache ist nicht mehr so groß, weil in der neuen chinesischen Regierung viele jüngere Beamte sind, die in Europa ausgebildet sind und eine europäische Sprache beherrschen. Der Unterstaatssekretär rechtfertigt dann die Abwesenheit unseres Botschafters in Konstantinopel während der Unruhen. Es seien aber auch genügend Stellvertreter zur Stelle gewesen.

Abg. Graf **Mielezynski** (Pole): Wir sprechen unsere volle Bewunderung über die Art aus, wie sich die slawischen Stämme auf dem Balkan geschlagen haben. Auch Oesterreich kann mit den Slawen gut regieren; nur in Deutschland unterdrückt man das Polentum. Viele der „Urgermanen", die Podbielski, Rogalla und andere, haben slawisches Blut in ihren Adern.

Abg. **Bernstein** (Soz.) fordert den Schutz der rumänischen Juden.

Die Aussprache schließt. Angenommen wird die Resolution, durch die der Zugang zum diplomatischen Dienst den Befähigsten, ohne Rücksicht auf ihre Vermögensverhältnisse, ermöglicht wird.

In der Einzelbesprechung führt

Abg. **v. Liebert** (Rp.) Beschwerde über die Mißhandlungen zweier Schiffsjungen auf dem Bremer Schiff „Nereide". Sie wurden auf der Fahrt nach Chile nichtswürdig behandelt. In einem kleinen südchilenischen Hafen desertierte der eine und wandte sich an den Generalkonsul in Valparaiso. Dieser befahl ihm aber, wieder aufs Schiff zu gehen. Da floh der Schiffsjunge in die Wüste Atakama und kam schließlich nach Caldera zum deutschen Konsul, wo er ebenfalls abgewiesen wurde und auf die Hilfe armer Chilenen angewiesen war. Dem anderen Schiffsjungen erging es ähnlich. Beide kamen erst nach Monaten wieder in die Heimat. Diese Lieblosigkeit der deutschen Konsuln ist bedenklich. Ob es einen Fonds zum Schutze solcher hilflosen Menschen gibt?

Legationsrat **Schmidt-Dargitz**: Die Fälle haben uns lebhaft berührt; eine Untersuchung ist eingeleitet. Der Generalkonsul in Valparaiso hat seine Pflicht getan. (Lachen.) Der Schiffsjunge hat aber die Entwicklung der Dinge nicht abgewartet. (Heiterkeit.) Er hat an dem kleinen Orte, wohin er zuerst geflüchtet war und bei Chilenen Schutz gefunden hatte, nicht einmal seine Adresse hinterlassen. (Anhaltende Heiterkeit.) Die Anregung, daß den Wahlkonsuln Mittel zur Hilfeleistung zur Verfügung gestellt werden sollen, verdient Berücksichtigung.

Abg. **Dove** (Vp.): Das ganze muß ein Gefühl maßlosen Staunens hervorrufen. Solchen Jugendlichen muß der Konsul Schutz und Hilfe gewähren, koste es, was es wolle. Das ist hier aber der bureaukratische Zug unseres Konsulatswesens.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Das Auswärtige Amt und seine Organe haben vollkommen versagt. Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern stehen unsere Konsuln immer auf Seiten der Arbeitgeber.

Abg. Dr. **Semmler** (ntl.): Der Fall zeigt am besten, daß unser Konsularwesen dringend reformbedürftig ist. Die konsularischen Beamten haben hier eine unglaubliche Ungeschicklichkeit und Unbeholfenheit bewiesen.

Die Resolution auf Vorlegung einer Denkschrift betreffend den Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer Auslandshochschule wird angenommen.

Abg. **Kuckhoff** (Ctr.) empfiehlt eine Resolution der Budgetkommission auf Vorlegung einer Denkschrift über die deutschen Schulen im Auslande. Wir alle wollen Aufschluß über die Verwendung dieser Mittel erhalten. Auch die Erfolge der Schulen in unseren Kolonien müssen in der Denkschrift behandelt werden.

Die evangelischen Schulen im Auslande werden in ganz anderer Weise gefördert als die katholischen.

Das ist eine ganz spezielle Einrichtung unseres Auswärtigen Amtes. Gerade die katholischen Ordensschulen werden recht schlecht behandelt. Ich denke an einen Ort in Südamerika. Dort haben die Franziskoner zwei Schulen, eine Knaben- und eine Mädchenschule. Diese beiden Schulen sind bedeutend stärker besucht als die evangelische Vereinsschule, die dort besteht, und die immer als Einheitsschule angesehen wird. Im Jahre 1908 erhielten die beiden Franziskanerschulen 3500 Mk. Beihilfe, die Vereinsschule 6000 Mk. Dabei hatten die ersten 450 Schüler, davon ein Drittel Protestanten, die Vereinsschulen ur 210 Schüler. (Hört, hört! im Centr.) Im Jahre 1911 wurde ein Umbau der Franziskanerschule nötig. Hier kann man nun die Gänge unserer Diplomatie erkennen. Unserer diplomatischer Vertreter, der an den Ort kam, glaubte mit Bestimmtheit, einen größeren Zuschuß in Aussicht stellen zu können. Diese Schulen seien

die größten und leistungsfähigsten.

Er hat dann sogar noch eine Erhöhung der Jahresunterstützung befürworten wollen. Und was war die Folge? Im Jahre 1912 erhielt die freie evangelische Vereinsschule 7000 Mark, die beiden Franziskanerschulen 3600 Mark Unser Vertreter im Auslande hat die Unterstützung befürwortet, aber Berlin hat sie abschlägig beschieden. Dabei hatten die Franziskaner noch angeregt, sie wollten die Schule zu einer Realschule ausbauen; aber das ist abgelehnt worden. Das konnte nur zum Vorteil des Deutschtums sein. Die brasilianische Regierung würde diese Franziskanerschulen mit offenen Armen aufnehmen. Sie hat die ersten seminaristisch gebildeten Lehrer nach Brasilien berufen und eine geordnete Lehrtätigkeit eingerichtet. Das muß unsere Jugend abschrecken. In Blumenau im Staate Santa Catharina unterhalten die Franziskaner außer vielen anderen auch zehn deutsche Schulen, und trotzdem haben sie niemals eine Unterstützung vom Deutschen Reiche in ausreichendem Maße bekommen. (Hört, hört!) Der Gesandte v. Treutler hat sich für sie verwendet, er erhielt aber die Antwort, sie gäben zu wenig deutschen Unterricht. Offenbar kam der Bescheid aus Berlin; die späteren Mitteilungen des Gesandten bestätigten das. In Porto Allegre ist ein ganz besonderer Fall vorgekommen. Die beiden katholischen Schulen erhielten, obwohl die Bevölkerung zum weitaus größten Teile katholisch ist, noch nicht 5 Prozent der Unterstützung, während über 25 Prozent für die evangelischen Kinder aufgewendet wurden. In Alexandrien und im ganzen Orient liegen die Verhältnisse ähnlich.

Unsere Ordensschulen sind dort gut deutsch

und haben den Schutz der französischen Regierung verschmäht. Sie halten trotz aller Schwierigkeiten das Deutschtum hoch. In Alexandrien ist trotzdem der Zuschuß der katholischen Schule fortgesetzt gekürzt worden, bis auf 1000 Mark, während die protestantische 3000 Mark bekommt. Und gerade die katholischen Schulen zählen deutsche Kinder. Die von der Regierung unterstützten Schulen in Alexandrien, Konstantinopel und Bukarest haben verhältnismäßig nur sehr wenig deutsche Kinder, die dem Reiche angehören und auch deutsch sprechen. Ohne diese katholischen Schulen würde das Deutschtum viel weniger im Orient beachtet sein. Ueberhaupt: Sie können hingehen, wohin Sie wollen; Sie können den Spuren des Deutschtums folgen — überall auf diesen Spuren werden Sie

die Erfolge deutscher katholischer Schulen

finden, die dort überall und immer im Interesse des Deutschtums wirken, in Nord- und Südamerika, in Asien und Afrika. Auch die Jesuiten sind dabei; sie nehmen dafür, daß man sie aus Deutschland ausgetrieben hat, Rache an Deutschland dadurch, daß sie das Deutschtum und die deutsche Sprache immer weiter ausbreiten. Man hat die Begünstigung der Evangelischen damit begründet, daß evangelisieren dasselbe sei wie Deutschtum. Ich möchte davor warnen. Sie haben gar keine Veranlassung, irgendwie unser Deutschtum mit einer evangelisierenden Tätigkeit in romanischen und katholischen Ländern gleichzustellen. Das muß doch auch für die Erwägungen des Auswärtigen Amtes ins Gewicht fallen. Wir sind eine Weltmacht geworden, und wenn wir Weltpolitik treiben, so müssen wir großzügig sein. Nur auf diese Weise können wir auch in fernen Ländern das Deutschtum und die deutsche Kultur mit allem Nachdruck fördern. (Lebh. Beifall im Centr.)

Die Resolution wird angenommen. Damit ist der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt.

Der Etat des Reichskanzlers.

Eine Resolution der Sozialdemokraten fordert zum Zwecke der wirklichen Durchführung des gleichen Wahlrechts die Verhältniswahl für den Reichstag und eine entsprechende Gestaltung der Wahlkreise. Eine Resolution der Volkspartei verlangt Beamten- und Angestelltenausschüsse bei der Marine, der Post und den Eisenbahnen. Eine Resolution Mumm (wirtsch. Vgg.) fordert ebenfalls Beamtenausschüsse bei der Reichspost sowie bei den Reichseisenbahnen.

Abg. Dr. **Graßmann** (Soz.): In diesem Jubiläumsjahr hat das Volk keine Stimmung zu Feiern. Wir haben eine glänzende wirtschaftliche Entwicklung hinter uns, aber die politische Entwicklung stagniert. Der Reichskanzler ist gegen jede Demokratie; von ihm ist keine Besserung zu erwarten.

Reichskanzler Dr. **v. Bethmann Hollweg**: Ich will mich darauf beschränken, auf einige Fragen, die der Vorredner gestellt hat, zu antworten. Es hat sich bei mir nach dem

gegenwärtigen Stand der Jesuitenfrage

erkundigt. Seit ich im November vorigen Jahres die Jesuitenfrage hier besprochen habe, ist das Novum eingetreten, daß der Reichstag eine Aufhebung des Jesuitengesetzes angenommen hat Dieser Antrag liegt dem Bundesrat vor, der noch keinen Beschluß darüber gefaßt hat. Vor der Annahme des Antrages im Reichstage ist die Frage über das Verhältnis des Reichsrechts zum Landesrecht aufgeworfen worden. Um dieses Verhältnis aufzuklären, hat der Herr Staatssekretär des Innern, wie er mir mitgeteilt hat, eine Rückfrage bei den Regierungen der Einzelstaaten gehalten. Lediglich darauf bezieht sich diese Rundfrage. Von einem Kuhhandel, den der Vorredner an die Wand gemalt hat, ist mir nichts bekannt. Weiter hat mich der Herr Vorredner gefragt, wie es mit den

Vorgängen in Braunschweig

bezüglich des französischen Sozialisten Compere-Moral stände. Die Einzelheiten der Vorgänge in Braunschweig sind mir unbekannt, und wie mir der Herr braunschweigische Bundesratsbevollmächtigte mitteilte, hat auch er noch keine Kenntnis davon. (Gelächter.) Man wird also noch gegenüber der Darstellung des Herrn Vorredners abwarten müssen, wie sich die andere Seite dazu äußert. Sachlich ist mein Standpunkt folgender: Wenn die Herren Sozialdemokraten glauben,

gegen die von uns eingebrachte Wehrvorlage protestieren zu müssen,

und dagegen Versammlungen abzuhalten, wenn sie die Verantwortung tragen zu können glauben, dem Deutschen Reiche diejenige Verstärkung seiner Rüstungen vorzuenthalten, die es zur Sicherung unserer Zukunft nötig hat, dann mögen sie es unter sich abmachen. (Lebh. Zustimmung rechts, im Centr. und bei den Natl.) Wenn sie sich aber dazu fremde Hilfe holen, dann können sie sich die Sozialdemokraten nicht wundern, wenn wir ein Veto dagegen erheben. (Erneute Zustimmung.) Nun hat der Herr Vorredner gesagt, daß Herr Compere-Moral gar nicht gegen unsere Vorlagen habe sprechen wollen, sondern lediglich gegen den französischen Chauvinismus. Das wäre ja an sich ein sehr verdienstvolles

Werk. (Heiterkeit.) Das gebe ich zu. Aber seine Anwesenheit in einer deutschen Versammlung sollte doch dazu dienen, Ihrer Agitation gegen die Wehrvorlage zu nützen. (Sehr richtig bei den bürgerlichen Parteien.) Was wir an der Verstärkung unserer Armee tun wollen, darüber kann nur von Deutschen beschlossen werden, und zwar von Deutschen ganz allein. (Beifall.) Wir brauchen kein Mitreden von fremden Herren, mögen sie noch so kompetent sein, um ihre Ansicht zu äußern, oder mögen sie es nicht sein, was in diesem vorliegenden Falle kaum zutreffen wird. (Sehr richtig!)

Dann ist der Vorredner auf den Fall Sohst

zurückgekommen. Ich glaube doch wirklich, der Ansicht der großen Mehrheit des Reichstages in jedem Fall den richtigen Ausdruck zu geben, wenn ich sage, daß der Fall Sohst von S. M. dem Kaiser in einer Weise erledigt worden ist, daß er für uns alle erledigt sein kann. Ich gehe also darüber hinweg.

Der Vorredner hat ferner behauptet, die Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über den

Vertrag zwischen dem Kaiser und dem damaligen Besitzer von Cadinen

sei falsch: es handle sich um eine Schenkung. Er hat einen Brief des Kaisers an den früheren Besitzer von Cadinen verlesen. Ich kenne den Brief nicht; er wird ja wohl stimmen, wenn der Vorredner glaubt, ihn öffentlich mitteilen zu können. Ich möchte nur angeben, daß im Kaiserlichen Archiv ein Kaufvertrag vom 15. Dezember 1898 liegt, worin nach Paragraph 1 gesagt wird: Der Kaiser übernimmt käuflich von Herrn Birkner die und die Besitzungen. Paragraph 2: Der Erwerber übernimmt die sämtlichen Hypotheken und Grundschulden (hört, hört!), und Paragraph 5: Der Käufer zahlt eine einmalige Barsumme von 50 000 Mark und außerdem eine jährliche Rente. (Hört, hört!) Ich halte also die Mitteilung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" — ich persönlich habe sie nicht verfaßt, ich weiß auch nicht, von welchem Ressort sie ausgegangen ist — ich halte diese Behauptung also aufrecht.

Im Zusammenhang damit ist der Vorredner auf

Aeußerungen des Kaisers

eingegangen und hat sich darüber beklagt, daß der Kaiser in einer Tischrede, die er vor den Landwehroffizieren von Berlin, ich glaube, am 10. März, gehalten hat, aufgerufen hat, zum Kampf gegen die finsteren Mächte des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit. Wollen Sie das etwa bestreiten, daß solche Mächte bei uns wirken und an der Arbeit sind? Müssen wir uns nicht täglich von der sozialdemokratischen Presse Verhöhnungen des Gottesglaubens gefallen lassen? (Beifall. — Unruhe der Soz.) Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zugeben, daß Sie trotz aller Toleranz, die Sie predigen — ich spreche nicht von den Herren hier im Hause — unausgesetzt den Gottesglauben anderer Leute angreifen. Wundern Sie sich da, daß demgegenüber der Kaiser an die sittlichen Kräfte, an den Gottesglauben, an die Gotteszuversicht erinnert, die die Grundlagen gewesen sind für die Wiedergeburt unseres Volkes vor hundert Jahren? (Lebh. Beifall der bürgerlichen Parteien.) Der Kaiser hat damit dem preußischen Volke und dem deutschen Volke aus der Seele gesprochen, und das lassen wir uns nicht durch Ihre Angriffe verkümmern. (Lebhafter Beifall, Unruhe bei den Soz.)

Abg. **Liesching** (Vp.): Die preußische Wahlrechtsfrage ist eine Angelegenheit des Reiches. Dem Antrag auf Einführung der Verhältniswahl stimmen wir zu. Das Disziplinarverfahren gegen Beamte sollte auf bessere rechtliche Grundlagen gestellt werden. Dringend notwendig ist der Ausbau der Arbeiterausschüsse.

Abg. **Morawski** (Pole) kündigt einen besonderen Antrag gegen die preußische Polenpolitik an.

Abg. **Mumm** (wirtsch. Vgg.) empfiehlt seine Resolution.

Staatssekretär Dr. **Delbrück** gibt zu, daß er einen Gesetzentwurf über das Disziplinarverfahren in Aussicht gestellt habe. Es hätten sich aber unerwartete Schwierigkeiten ergeben.

Ein sozialdemokratischer Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Abg. **Hüttmann** (Soz.): An den unhaltbaren Zuständen ist der Reichskanzler mit seiner verkehrten Politik schuld. Der Redner bestreitet, daß die Sozialdemokraten Feinde der Religion seien.

Bei der Abstimmung über den Verhältniswahlantrag stellt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus.

Das Haus vertagt sich.

Donnerstag 1 Uhr: Weiterberatung, Wahlprüfungen, Militäretat.

sc. Deutschland und England als Ausfuhrkonkurrenten.

Das Verhältnis Deutschlands und Englands zueinander bleibt im Strome der Zeitereignisse das aktuelle Thema. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine Studie von Prof. Karl Rathgen (Hamburg) lehrreich, die er in dem soeben erschienenen Heft 1 von Schmollers „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich" (37. Jahrgang 1913, 1ff) veröffentlicht. Demnach sind in beiden Ländern die Ausfuhrwerte in den letzten 20 Jahren sehr stark gestiegen. In Deutschland von 3,3 Milliarden im Jahre 1890 auf 8,1 Milliarden 1911; in England wuchs die Ausfuhr in der gleichen Zeit von 5,3 auf 9,2 Milliarden Mark. Es ist also die deutsche Ausfuhr so stark gestiegen, daß ihr Abstand von der englischen von 2 Milliarden auf 1 Milliarde Mark zurückgegangen ist.

Besondere Beachtung verdienen die Ausführungen über die Hauptplätze der beiderseitigen Wirtschaftskonkurrenz Deutschlands und Englands. Das Bild, das sich dabei ergibt, ist, schreibt Rathgen, „sehr überraschend und steht im Widerspruch zu verbreiteten Vorstellungen. Es zeigt sich, daß in der angegebenen Periode (1889—90 bis 1912) die Einfuhr aus Deutschland in keinem europäischen Staate abnahm, die aus England in keinem europäischen Staate, außer in Rumänien und Griechenland. Aber in jedem europäischen Staat außer in Portugal wuchs die Einfuhr aus Deutschland (in absoluten Zahlen) stärker als die aus Großbritannien. Dieses hat noch einen Vorsprung vor Deutschland in der Einfuhr Frankreichs (nur wenig), Spaniens, Portugals, Griechenlands und der Türkei. In den andern europäischen Staaten hat Deutschland einen Vorsprung, einen mäßigen in Schweden, in Belgien, in Italien (erst seit 1907), in Bulgarien; einen erheblichen in Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark, Rußland und Finnland, Rumänien, Serbien. Also je enger die kontinentale Verbindung ist, um so stärker übertrifft Deutschland seinen Konkurrenten. Die Bedeutung der Verkehrslage Deutschlands kommt hier zur Geltung wie die Zunahme der Bevölkerung, ein Moment, von dem nicht einzusehen ist, wie es durch einen englisch-deutschen Krieg zugunsten Englands geändert werden könnte."

„Umgekehrt liegt die Entwicklung in den überseeischen Gebieten. Deren Einfuhren aus Europa haben überall zugenommen. Aber überall ist die Zunahme bei der Einfuhr aus Großbritannien größer gewesen als bei der aus Deutschland. Eine Ausnahme davon machen nur die deutschen Kolonien, (ferner) Mexiko, San Domingo, Guatemala. In Argentinien war die Zunahme der deutschen Einfuhr beinahe ebenso groß wie die der englischen. Mit der Ausnahme einiger Teile Zentralamerikas und des tropischen Afrikas haben die britischen Einfuhren überall außerhalb Europas einen bedeutenden Vorsprung vor den deutschen."

Diese Feststellungen Prof. Rathgens weisen darauf hin, daß es bei der in naher Ferne an uns herantretenden Neuregelung unserer handelspolitischen Verhältnisse sich darum besonders handeln wird, unsere Position in den Ländern, in denen wir einen Vorsprung haben, nach Möglichkeit weiter zu verstärken. Anderseits aber wird unsere Handelspolitik mehr noch als bisher in den überseeischen Gebieten zu fördern sein, um den Vorsprung, den England dort hat, nicht zu einer absoluten Uebermacht werden zu lassen, die über kurz oder lang zu einer starken Erschwerung, ja Zurückdrängung unseres Industrielebens führen müßte.

Die Revision des amerikanischen Zolltarifs.

Im nordamerikanischen Bundesparlament haben nun die Verhandlungen über die Revision des Zolltarifs begonnen. Dieselben werden jedenfalls sehr lebhaft werden, beschäftigt sich ja auch die Presse bereits sehr intensiv mit der Angelegenheit. Dem „Economist", Nr. 15, entnehmen wir folgende prägnante Darstellung der Sachlage.

„Der Tarif, der nunmehr reduziert werden soll, ist der im Jahre 1909 angenommene Payne-Aldrich-Tarif, welcher, wie bekannt, ultra schutzzöllnerischen Charakter hat. Seither hat das amerikanische Volk eingesehen, daß die Einfuhrzölle nur den Produzenten auf Kosten des Konsumenten, d. h. eine kleine Minderheit auf Kosten der großen Masse bereichern. Die große Masse aber besitzt das allgemeine Wahlrecht. Sie benutzte es und wählte im November 1912 ein demokratisches Repräsentantenhaus und einen demokratischen Präsidenten, dessen erste Amtshandlung auch prompt darin bestand, auf den 7. April 1913 den Kongreß zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzurufen, mit der Tagesordnung: Sofortige Reduktion des Zolltarifs. Zugleich mit der Wahl des Repräsentanten und des Präsidenten fand eine teilweise Erneuerung des Senates statt. Die neuen Senatoren waren fast sämtlich Demokraten und die demokratische Partei bekam daher auch im Senat die Mehrheit.

Während im Jahre 1909 ein republikanischer Senator, M. Payne-Aldrich, als Champion des Schutzzolles auftrat, hat sich einer der Führer der demokratischen Partei im Repräsentantenhaus, M. Unterwood, der Sache des ermäßigten Schutzzolles angenommen und einen neuen erheblich ermäßigten Tarif ausgearbeitet, der auch als Plattform für die Wahl Wilsons und der neuen Kammer diente. Nach der Präsidentenwahl wurde unter dem Studium Unterwoods eine Kommission zum Studium der Unterwoodschen Tarifvorlage mit dem Namen „Ways und Means" (Mittel und Wege) eingesetzt. M. Unterwood zog zu deren Verhandlungen weiteste Kreise des Handels hinzu, und es ist bemerkenswert, daß jeder amerikanische Kaufmann, ohne sich als Handelskammermitglied oder Vertreter einer Organisation oder sonstwie legitimieren zu müssen, von der Tarifkommission gehört werden konnte. So defilierten vor dem Komitee „Ways und Meanh" die Kaufleute und Fabrikanten Nordamerikas, wie die europäischen Fabrikanten und Importeure jeder Branche und eines jeden Artikels und trugen ihre widerstreitenden Wünsche und Schmerzen vor. In einer voluminösen Sammlung von 26 Bänden wurden die Verhandlungen publiziert. Auf Grund der von Interessenten gegebenen Informationen arbeiteten M. Unterwood und die anderen Kommissionsmitglieder eine neue Vorlage aus, die dem Kongreß bei seiner Eröffnung zu gemeinsamer Beratung unterbreitet wurde. Da die Unterwoodsche Kommission fleißige und minutiöse Arbeit geleistet hat, würde es zur weitern Behandlung der Vorlage genügen, wenn Kammer und Senat eine gemeinsame Kommission zur Erledigung der streitigen Punkte einsetzen würde. Das Plenum könnte so in kurzer Zeit über die Vorlage abstimmen und M. Wilson hätte nur seine Unterschrift unter die Bill zu setzen. In Wirklichkeit werden die Dinge nicht so ideal verlaufen. Denn unter dem Schutze des Pyne-Aldrichschen Prohibitivtarifes hat sich in den Vereinigten Staaten eine nationale Großindustrie entwickelt, die bereits stark genug ist, sich ihrer Haut selbst zu wehren. Vor allem steht ihr ein bedeutender Einfluß zur Seite, der ja drüben von besonderem Gewicht ist. Es kommt hinzu, daß die demokratische Mehrheit im Senat viel geringer ist, als die im Repräsentantenhaus. Zahlreiche Senatoren sind auch selbst Großindustrielle. Daß sie sich vor dem Willen des amerikanischen Volkes beugen werden, kann mit Sicherheit nicht angenommen werden. Man sieht, daß für die Freunde der Tarifreform noch kein Anlaß vorliegt, zu triumphieren.

Die europäische Exportindustrie wird gut daran tun, den Vorgängen in Washington, ohne voreilige Hoffnungen oder Befürchtungen zu hegen abwartend zuzusehen."

Deutschland.

Berlin, 17. April.

☐ **Der Hansabund drückt sich um die Steuern.** Das Präsidium und Direktorium des Hansabundes hat eine aus allen Teilen des Reiches besuchte Sitzung abgehalten, um Stellung zu den Heeres- und Deckungsvorlagen zu nehmen. Wer die im Hansabunde maßgebenden Kreise vom großen mobilen Kapital kennt, wußte schon vorher, wie diese Stellungnahme ausfallen wird: Gutheißung der Heeresvorlage, aber besondere Berücksichtigung der Interessen des Industrie- und Handelskapitals bei den zur Deckung der Ausgaben vorgeschlagenen Steuern — also keine Heranziehung der Aktien- und Kommanditgesellschaften zu der einmaligen Wehrsteuer, kein Zuschlag zur Grundwechselabgabe, keine durch die Einzelstaaten erhobene Vermögenszuwachssteuer, dafür aber eine Reichserbanfallsteuer! Tatsächlich heißt es denn auch in der von der Versammlung beschlossenen Kundgebung: „Was die Einzelheiten der Vorlagen betrifft, so ist der deutsche Gewerbestand bereit, dem zur Aufbringung der einmaligen Kosten der Wehrvorlagen außerordentlichen Wehrbeitrag zuzustimmen, obwohl dieser gewissermaßen eine Kriegsmaßregel im Frieden darstellt und dem Grundsatz einer organischen Finanzentwickelung nicht entspricht. Die im Hansabund vereinigten Kreise von Industrie, Handel und Gewerbe müssen aber verlangen, daß eine nach gerechten und einheitlichen Grundsätzen durchzuführende Vermögensveranlagung im Reiche gewährleistet wird. Die Heranziehung der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien zu dem einmaligen Wehrbeitrag ist eine erneute, durch nichts zu rechtfertigende Sonderbelastung dieser Gesellschaften, gegen die der Hansabund daher energisch Einspruch erhebt. . . . So wenig der Hansabund an sich der Einführung von Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern in den Bundesstaaten ablehnend gegenübersteht, so muß er doch befürchten, daß angesichts der vielfach in den Einzelstaaten herrschenden gewerbefeindlichen parlamentarischen Mehrheiten wiederum eine Privilegierung des Grundbesitzes und eine Sonderbelastung von Gewerbe, Handel und Industrie bei einer Erhebung von allgemeinen Besitzsteuern eintreten kan, zumal der Hinweis auf die Erhebung von Hausbesitzersteuern und Gewerbesteuern zu einer solchen einseitigen Besteuerung geradezu anreizt. Unannehmbar ist auch die eventuell durch die Einzelstaaten auferlegte Vermögenszuwachssteuer, weil sie keine allgemeine und keine gerechte Besitzsteuer darstellt, vielmehr eine direkte Bestrafung des Spar- und Erwerbssinns und ein überaus lästiges und unerträgliches Eindringen in alle privaten Verhältnisse bedingt. Das Direktorium des Hansabundes verlangt, entsprechend seinen bisherigen Stellungnahmen, statt der „veredelten" Matrikularbeiträge eine direkte Reichsbesitzsteuer und zwar in erster Linie eine Reichserbanfallsteuer, welche eine gerechte, am wenigsten drückende und vor allem ertragreiche allgemeine Besitzsteuer sein würde. Bei der fast trostlos zu nennenden Lage des Haus- und Grundbesitzes hält der Hansabund eine weitere Aufrechterhaltung des Zuschlages zur Grundwechselabgabe für unmöglich, bedauert ebenso die geplante Aufrechterhaltung des Zuschlages zur Zuckersteuer im Interesse des Konsums und der beteiligten Industrien." Selten ist die Steuerscheu so offen hervorgetreten wie hier. Was würde man sagen, wenn Agrarier eine solche Resolution fassen wollten!

☐ **Die Aussöhnung zwischen Hohenzollern und Welfen** macht unseren Alldeutschen viel Kopfzerbrechen; die Reise des Reichskanzlers nach Homburg erhöht ihre Sorgen und sie müssen sich auf noch mehr gefaßt machen. Der „Täglichen Rundschau" wird mitgeteilt, daß in den Besprechungen zwischen Kaiser, Herzog und Reichskanzler bestimmte Vereinbarungen stattgefunden hätten, deren Einzelheiten noch in weiteren Verhandlungen zwischen Berlin und Gmunden festgestellt werden sollen, und bei denen es sich um nichts geringeres handle, als um die Möglichkeit einer Erledigung der braunschweigischen Thronfolgerfrage unter Verzichtleistung auf Bedingungen, deren Erfüllung durch den Herzog von Cumberland durch feierliche Beschlüsse des Bundesrats als unerläßlich für eine Erledigung jener Thronfolgefrage festgelegt ist. Sobald die Verhandlungen zwischen Berlin und Gmunden abgeschlossen seien, werde das preußische Staats-

Unpolitische Zeitläufe.

(Nachdruck verboten.)

N Berlin, 17. April.

Kann denn ein Deutscher noch nach Frankreich reisen? — Warum denn nicht? Wenn ich Anlaß, Zeit und Geld dazu hätte, würde ich ganz gern noch einmal unsern Nachbarn im Westen besuchen und mich auch vor Nancy nicht scheuen — trotz dem häßlichen Zwischenfall. Bange machen gilt nicht. Allerdings würde ich bei einer solchen Geschäfts- oder Bummelfahrt mich fernhalten von Tingeltangel oder sonstigen Lokalen, wo sog. „patriotische Vorführungen" stattfinden. Erstens weil es wirklich nicht notwendig ist, wegen solchen minderwertigen Zeitvertreibs in die Fremde zu fahren, und zweitens weil es nicht klug ist, sich als Deutscher in eine Gesellschaft zu begeben, in der feindselige Stimmungen erregt werden. Wo man nicht hineinpaßt, da bleibt man fort. So geht ja auch hier zu Lande kein staatstreuer Bürger zum Zeitvertreib auf ein sozialdemokratisches Parteifest und kein Katholik in eine Hetzversammlung des Evangelischen Bundes. Er würde ja nur verdrießliches zu sehen und zu hören bekommen; bessern könnte er doch nichts, aber es wäre wohl möglich, daß seine Anwesenheit noch zur Verschlimmerung der Dinge führte.

Wenn man in solide Lokale geht und sich ruhig verhält, so ist die Gefahr der Anrempelung doch sehr gering. Möglich ist freilich immer ein unangenehmer Zwischenfall. Wenn ich einen harmlosen Spaziergang über Land mache, so kann das Unglück wollen, daß ich auf einen wütenden Stier oder einen bissigen Hund stoße. Es kommt aber auf den Grad der Wahrscheinlichkeit an. Tritt eine solche Gefahr nur in seltenen Ausnahmefällen ein, so lasse ich mich dadurch in meinem Gang nicht beirren.

Unsere Landsleute, die in Nancy angefallen wurden, haben Pech gehabt. In dem Tingeltangel, den sie unvorsichtigerweise am Sonntagabend besuchten ließen sie auf einige französische Studenten, deren Jugendtriebe nicht durch das „patriotische" Stück, sondern auch durch den genossenen Alkohol angefeuert waren. Diese Grünlinge haben das ganze Unheil angezettelt. Mit großer Freude kann man feststellen, daß die herausgeforderten Deutschen sich durchaus korrekt benommen haben, wie der erste amtliche Bericht der französischen Behörden selbst anerkennt. Es war auch ganz richtig, daß die Deutschen sich nach den ersten Anrempelungen aus der Singspielhalle entfernten. Als sie von den Studenten und deren aufgehetztem Anhang verfolgt wurden, haben sie auch die Geduld und kluge Zurückhaltung bewahrt. Daß die wild gewordenen Studenten „Kampfgenossen" fanden, erklärt sich daraus, daß sie geflissentlich die falsche Behauptung verbreiteten, es seien deutsche Offiziere und der eine sei ein Begleiter des „Zeppelin IV" gewesen. Infolge dieses Märchens wirkte in Nancy noch die Erregung nach, die der überraschende Besuch des „Z. IV" in Luneville bei den eifersüchtigen Franzosen hervorgerufen hatte. Wenn ein Offizier vom Zeppelin sich wieder in Nancy zeigte, so erschien den heißblütigen Leuten, die mehr Gefühl als Verstand haben, die Notlandung in Luneville als ein Eindringungsversuch. So führten der Sonntagsrausch, die Singhallenstimmung und das Lügengerede im schlimmen Zusamenwirken ein häßliches Nachspiel zu dem günstig verlaufenen Zwischenfall von Luneville herbei.

Nicht bloß die körperlichen Krankheiten, sondern auch die psychischen, die krankhaften Bewegungen im Seelenleben sind oft ansteckend. Wenn irgendwo eine auffallende Untat verübt worden ist, so löst das Beispiel in angefressenen Gemütern leicht den Entschluß zu einer gleichen oder ähnlichen Tat aus. Darum wundere ich mich auch nicht, wenn soeben aus Grenoble gemeldet wird, daß dort in einem Theater bei einem „patriotischen" Hetzstück deutschfeindliche Rufe ausgestoßen sind und einige anwesende Deutsche sich zur Entfernung veranlaßt sahen. Etwas anders liegt ja die Sache bei der neuesten Studenten-Demonstration in Paris, wo man einen Professor der deutschen Sprache belästigt hat, aber nicht etwa wegen seiner Abstammung (er ist nämlich Franzose), sondern weil er gegen die dreijährige Dienstzeit in Frankreich aufgetreten ist. Da handelt es sich also um eine innerpolitische Seitenfrage, die uns nichts angeht. Wenn bei der Gelegenheit auch der Ruf ertönt ist: „Wir müssen Elsaß wieder haben!" so können wir das einfach zu den übrigen Revancheseufzern legen. „Komme und hole sie" sagte Leonidas ruhig, als Xerxes erklärte, er müsse seine Waffen ausliefern. Jetzt handelt es sich nur um die Sicherheit der Deutschen, die sich zeitweilig oder dauernd in Frankreich aufhalten. In dieser Hinsicht muß man freilich nach den jüngsten Erfahrungen mit der Möglichkeit rechnen, daß noch hier oder da von heißblütigen Leuten eine Anrempelung ausgeht; doch werden das — wie schon gesagt — gewiß nur vereinzelte Ausnahmen bleiben, — wenn nur die Deutschen sich überall korrekt benehmen.

Ein Stütze für diese Hoffnung wird der aufgefrischte Eifer der Polizei bilden. Das ist nämlich des Pudels Kern, auf den auch unser Staatssekretär im Reichstage hingewiesen hat. In einem Millionenvolk finden sich immer etliche Bösewichte und Toren; es ist aber Sache der Behörden, diese gefährlichen Elemente im Zaume zu halten und die anständigen Menschen vor deren Angriffen zu schützen. Wenn sich bestätigt, was man nach den bisherigen Berichten vermuten muß, nämlich das Versagen der Polizei in Nancy, so wird die deutsche Regierung wegen des mangelhaften Schutzes der Fremden in Frankreich Vorstellungen erheben. Das wird zu amtlichen Rippenstößen führen, die gewiß die französische Polizei zu etwas mehr Aufmerksamkeit und Tatkraft gegenüber den Deutschfressern anspornen wird.

Ich hoffe sogar auf einen heilsamen Rückschlag in der ganzen öffentlichen Meinung. Gerade weil die Opfer von Nancy sich tadellos benommen haben, wird sich in Frankreich die Erkenntnis verbreiten, daß man sich durch solche Roheiten gegen friedliche Gäste vor der ganzen zivilisierten Welt blamiert. Das Ehr- und Anstandsgefühl wird doch noch nicht ausgestorben sein, und dessen Wiedererweckung genügt uns. Wir rechnen ja nicht auf Liebe, sondern nur auf anständige Behandlung. —

Vor gut 30 Jahren habe ich auch einmal den Franzosen einen Besuch gemacht. Es herrschte damals eine gewisse politische Spannung, da Fürst Bismarck gerade in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung einen kleinen kalten Wasserstrahl losgelassen hatte. Alle Welt erkannte mich sofort als Deutschen, namentlich an dem Vollbart (der damals noch so hübsch blond war)! Mein Genosse und ich sprachen ruhig deutsch, sogar auf einem großen Volksfeste im Tuileriengarten, und es passierte uns nichts Unangenehmes. Nur als ich eines Tages allein nach dem weltberühmten Friedhof Pere la Chaise promenierte, rief mir in einer Vorstadtstraße ein Arbeiter etwas von Choucroute (Sauerkohl) nach. Er stand an der Tür einer Kneipe, in der nach dem Fensteraushang auch Sauerkraut zu haben war. Die Franzosen glauben bekanntlich, daß die Deutschen von Sauerkraut leben, während doch in Paris noch mehr Sauerkraut vertilgt wird, als in Berlin. Ich achtete nicht auf den Ehrentitel des Sauerkrautessers, sondern ging ruhig meines Weges. Sonst habe ich kein unfreundliches Wort gehört, wohl aber gesehen, daß die Franzosen mein Geld recht gern annahmen. Sollte nun inzwischen der Volkscharakter sich so gründlich geändert haben? Sollten Haß und Rachsucht 42 Jahre nach dem Kriege noch ärger sein, als damals, wo die Enttäuschung kaum 12 Jahre alt war? Ich glaube, daß die gegenwärtige Erregung nur auf eine lärmende, vordringliche Minderheit zurückzuführen ist und eine vorübergehende Erscheinung bildet.

Inzwischen müssen die Deutschen, die nach Frankreich gehen, den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung tragen. Nicht durch ängstliches Meiden des französischen Bodens, aber durch kluges Benehmen. Von den bedenklichen Orten und Elementen halte man sich fern, und wenn sich irgendwie ein Zwischenfall anbahnen will, so ziehe man sich ruhig zurück. Das ist keine Feigheit, sondern ein Gebot der Vernunft. Der Klügste gibt nach, namentlich in einem fremden Hause, wo man mit der Eigenart der andern zu rechnen hat. Zur „Revanche" wollen wir die Franzosen, die uns besuchen, recht höflich aufnehmen. Sogar freundlich, wenn sie persönlich es verdienen; aber freilich nicht mit einer Liebedienerei und Zudringlichkeit, daß sie sich etwa einbilden könnten, wir hielten sie oder ihr Land für „überlegen." Daheim kann man kräftiger auftreten, als in der Fremde.

ministerium mit einem Antrag in diesem Sinne an den Bundesrat herantreten, und man könne annehmen, daß Kaisertochter und Welfensohn schon im Herbst die Krone Braunschweigs tragen werden. Das Blatt kann sich aber keinen deutschen Reichskanzler vorstellen, der eine solche Politik zu verantworten vermöchte. „Wenn es wahr wäre, was wir uns im Ernste nicht denken können, daß Preußen dem Bundesrat zumuten wollte, eine welfische Thronbesteigung in Braunschweig zuzulassen, ohne daß der Herzog von Cumberland den Verzicht auf Hannover ausgesprochen hätte, so wäre kein Wort zu scharf, um eine solche Politik zu kennzeichnen." Ein Zeichen der herrschenden Mißstimmung ist, was die „Post" erzählt, freilich selber gleich als „tolles" Gerücht bezeichnet, nämlich: „Nach erfolgter Vermählung des Prinzen Ernst August mit der Prinzessin Viktoria Luise solle Ernst August den Thron von Braunschweig nicht als Herzog, sondern als Großherzog besteigen, da man beabsichtige, das Herzogtum Braunschweig inzwischen zum Großherzogtum zu erklären. Um nun aber das neue Großherzogtum auch in seinen Gebietsteilen etwas mehr der neuen Würde entsprechend abzurunden, hege man ferner die Absicht, ein Stück des preußischen Staates dazuzuschlagen, und zwar sei der Regierungsbezirk Lüneburg dazu ausersehen, dem neuen Großherzogtum Braunschweig einverleibt zu werden." Da werden die Kaltwasseranstalten in der nächsten Zeit eine sehr gute Frequenz aufzuweisen haben.

Das Verdingungswesen b. Reichsbehörden.

Hinsichtlich des Verdingungswesens weist das Reichspostamt in seinem neuesten Amtsblatt darauf hin, daß zahlreiche Verbandstage der Vertretungen des gewerblichen Mittelstandes sich in neuerer Zeit mit dem von Reichs- und Staatsbehörden beobachteten Verfahren der Vergebung von Lieferungen befaßt haben. Schon dies zeige, die große Bedeutung, die das Verdingungswesen für Gewerbe- und Handwerk gewonnen hat. Deshalb hätten es auch die bei der Vergebung von Leistungen und Lieferungen beteiligten Reichspost- und Telegraphenbehörden als vornehme Aufgabe zu betrachten, den Bedürfnissen des Gewerbes, insbesondere des Handwerks gerecht zu werden soweit es irgend möglich sei.

Ebenso wenig wie rein fiskalische Interessen es rechtfertigen könnten, Rechte und Pflichten zum einseitigen Vorteile der auftraggebenden Behörde festzusetzen, ebensowenig dürfe auch sonst ein Verfahren eingeschlagen werden, das billige Forderungen des Gewerbes und des Handwerks unberücksichtigt läßt. Es müsse in Anspruch genommen werden, daß alle bei der Vergebung von Leistungen und Lieferungen beteiligten Beamten sich damit vertraut machen, welche allgemeine Wünsche hinsichtlich dieser Vergebungen in den beteiligten Kreisen bestehen. Die Handelskammern, Handwerkskammern, Innungen usw. wären gewiß gern bereit, hierbei unterstützend mitzuwirken. Ganz besonders sei auch dahin zu streben, daß sich die kleineren Gewerbetreibenden und die Handwerker — einzeln oder in Lieferungsverbänden, wie es bereits bisher in einigen Fällen mit gutem Erfolg geschehen sei — am Wettbewerb bei öffentlichen Ausschreibungen von Leistungen und Lieferungen beteiligen. Ferner seien auch zu elektrotechnischen Installationsarbeiten, wenn irgend angängig, Handwerker oder Handwerkervereinigungen heranzuziehen. Das Reichspostamt erwartet, daß die beteiligten Beamten zur Lösung der wichtigen Frage sich bemühen werden, den gewerblichen Mittelstand zu kräftigen und insbesondere das Handwerk leistungsfähiger zu machen, durch genaue Beachtung der Vorschriften über die Vergebung von Leistungen und Lieferungen und der dieserhalb sonst ergangenen Verfügungen beizutragen.

* **Die Schulorganisation der Katholiken Deutschlands** hat zwei neue Flugschriften erscheinen lassen. Während die früher erschienene erste die Entstehung des Organisationsgedankens, die Ziele und Zwecke, sowie die Gestaltung der Organisation selbst des Näheren darlegte, behandelt eine weitere Flugschrift die „Gründung und Tätigkeit der Ortsausschüsse". Die Organisation wird ihre Tätigkeit nur dann nach Wunsch entfalten können, wenn möglichst in allen Gemeinden sich Ortsausschüsse der Organisation gebildet oder wenigstens Vertrauensmänner bereit gefunden haben. Die Flugschrift legt näher dar, wie zweckmäßig bei der Einrichtung der Ortsausschüsse verfahren wird, und gibt sodann eine reichhaltige Uebersicht über die verschiedenen Gegenstände, mit denen sich der Ortsausschuß beschäftigen kann. Hier wird neben dem Abhalten von Versammlungen die Veranstaltung von Elternabenden, die Einrichtung einer Auskunftsstelle für Schulfragen, die Bildung einer Zentrale für Jugendpflege behandelt; ferner auf die Bekämpfung der Schundliteratur, die Beobachtung der Kinos, die Prüfung öffentlicher Lesehallen, die Unterstützung der Diaspora-Gemeinden und dergleichen mehr hingewiesen. Den Mitgliedern der Ortsausschüsse wird die Flugschrift manche dankenswerte Anregung bieten.

In einer dritten Flugschrift wird dann die Notwendigkeit der Schulorganisation, in erster Linie unter Berücksichtigung preußischer Verhältnisse, dargelegt. Ausgehend von der Betrachtung, ob das preußische V. U. G. den christlichen und konfessionellen Charakter der Schule ausreichend sichert, wird das stete Vordringen des unchristlichen Geistes in weiteren Volkskreisen festgestellt. An der Hand zahlreicher Zitate wird die Stellung der Sozialdemokratie, der Freidenker, der liberalen Parteien zur Schulfrage und zum Religionsunterricht näher dargelegt. Selbstverständlich darf auch die ungemein bedenkliche Stellung zu Religionsunterricht und christlicher Erziehung, wie sie die liberalen Lehrer von Bremen und Sachsen, (Zwickauer Thesen,) auch der Allgemeine Deutsche Lehrerverein und sein reger Agitator Tews einnehmen, nicht unberücksichtigt bleiben. Viele wortgetreue Zitate mit genauer Quellenangabe lassen erkennen, wohin alle diese Kreise zielen und streben, und daß es wahrhaft an der Zeit ist, alle Gutgesinnten aufzurufen zu gemeinsamer Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung. Niemand, der das reichhaltige Material in seiner Gesamtheit auf sich einwirken läßt, kann sich des Gefühles ernstester Besorgnis für die Zukunft unserer Schule und unserer Jugend erwehren, wenn solche Ideen festeren Fuß fassen und in die Gesetzgebung noch mehr, wie bisher Eingang finden sollten.

Energische Wahrung der Rechte der Katholiken auf dem Kampfplatz des kommunalen und allgemein politischen Lebens tut dringend not: das ist die eindringliche Mahnung dieser Flugschrift, die zum Schluß kurz den Wert und die Art der Betätigung der Schulorganisation näher darlegt.

Probeexemplare der Flugschriften, deren Preis auf 5 Pfg. das Stück festgesetzt ist, sind von der Zentralstelle der Schulorganisation Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 24, kostenlos zu beziehen. Dorthin sind auch Bestellungen auf größere Partien der Flugschriften zu richten.

* **Türkischer Dank an Deutschland.** Ismail Hakki-Bei widmet im heutigen Tanin der Haltung Deutschlands warme Worte des Dankes und der Anerkennung.

Die deutsche Regierung und die öffentliche Meinung in Deutschland hätten sich durch ein besonders taktvolles Benehmen gegenüber dem Unglück der Türkei ausgezeichnet. In der Zeit der großen Katastrophe sei es der Reichskanzler gewesen, der in entschiedener Sprache die Notwendigkeit des Bestandes des osmanischen Reiches betont habe. Deutschland habe für die Türkei nicht das Schwert ziehen können, es hätte seine Politik in Rücksicht auf seine Interessen wählen müssen. Im Gegensatz zu ihm hätten aber die Mächte, die ältere Interessen im Orient besaßen, den Mund aufgetan, um die Türkei zu schmähen. Hakki bemerkt dann über die von Deutschland in der Friedensfrage verfolgte Politik, diese sei im Vergleich zu der anderer Mächte wohlwollender gewesen. Deutschland habe in der Frage der Grenzen und der Kriegsentschädigung am meisten von allen Mächten das Interesse der Türkei verfochten und ihr gegenüber die gleiche Haltung bewahrt wie betreffs Rumäniens. Nachdem Hakki die Hoffnung ausgesprochen hat, Deutschland werde mit anderen Mächten bei den Friedensverhandlungen den Standpunkt der Türkei vertreten, zitiert er die wohlwollenden Worte, die Staatssekretär von Jagow vor kurzem in Hinsicht auf die Hilfe gesprochen hat, die Deutschland der sich nach dem Kriege wieder aufraffenden Türkei zu leisten gedenkt. Hakki schließt mit den Worten: Die Türkei stößt die helfende Hand nicht zurück. Wir sind gewohnt, den kleinsten Freundschaftsdienst in größtem Maße zu vergelten.

Soziales.

○ **Sozialer Kursus.** Der Soziale Kursus, der seitens des katholisch-kaufmännischen Vereins veranstaltet wurde, fand am Donnerstag Abend mit dem Vortrage des Herrn Dr. Hölfe M.-Gladbach „Die Organisationsbestrebungen der Privatangestellten" seinen Abschluß. Redner griff noch einmal kurz zurück auf den letzten Vortrag, in welchem er die Staatshülfe und den Wert derselben besprochen habe. In erster Linie käme jedoch die Selbsthülfe, das ist die Organisation, in Betracht, zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Privatangestellten. Im ganzen seien jetzt etwa 900000 Angestellte organisiert in den einzelnen Verbänden. Redner wies dann nach, daß nicht in der Spezialisierung, sondern in der Zentralisation die Zukunft der Angestellten liege, und daß diese Angestellten, deren wirtschaftlichen Verhältnisse keine besonders günstige sei, sich der Bedeutung des Organisationsgedankens voll und ganz bewußt sein müßten. Nur durch die Organisation könne eine gesetzliche Vertretung und ein Einfluß auf das Parlament erreicht werden. In letzter Zeit schlössen sich denn auch immer mehr Angestellte der Bewegung an, in welcher man drei Perioden unterscheiden könne. Die Verbände hätten zuerst Wohlfahrts- und Unterstützungeinrichtungen getroffen, um ihre Mitglieder gegen die Wechselfälle des Lebens zu schützen. Es sei klar, daß man hierbei mit den Chefs zusammen gearbeitet habe. Dieser Unterstützungszweck wurde durch den sozialen Zweck abgelöst, als in den achtziger Jahren dieser Einfluß auf die soziale Lage erhielt und das Recht bekam, in diesen Fragen durch seine Gesetzgebung mitzuwirken. Heute jedoch sei es fast ausgeschlossen, daß der Angestellte die Kluft zwischen Arbeit und Kapital überspringen könnte, heute, wo die Großindustrie und das Kapital der Selbständigmachung die größten Schwierigkeiten entgegensetzten. Die Angestellten legten heute daher einen anderen Wert auf die Gestaltung ihrer Lohnverhältnisse, wo sie wüßten, daß sie ihr Leben lang Gehülfen bleiben würden. Es sei heute die Aufgabe der einzelnen Verbände, die Interessen der Privatangestellten dem Arbeitgeber gegenüber zu vertreten. Es sei damit jedoch nicht gesagt, daß ein paritätischer Verein, der auch die Chefs als Mitglieder aufnehme, für die Angestellten keine praktische Arbeit leisten könne. Die gewerkschaftlichen Verbände verträten ihre Interessen nur dem Arbeitgeber gegenüber. Sache der Gesetzgeber sei es dann, die mittlere Linie zu suchen, die einen Ausgleich zwischen Angestellten und Arbeitgebern darstelle. Diese mittlere wirtschaftliche Linie suchten die paritätischen Verbände im Verbande selbst, weil der Verband eben schon Angestellte und Chefs umfasse. Daß bei diesem Prinzip etwas erreicht werden könne, das sähe man an dem Verbande katholisch-kaufmännischer Vereine. Wenn aber für die gesamten Angestellten etwas erreicht werden sollte, so sei ein Zusammengehen aller Verbände, zumal bei größeren Fragen unbedingt notwendig, denn nur durch Einigkeit lasse sich etwas erreichen. Reicher Beifall lohnte die interessanten Ausführungen des Redners.

Kirchliches.

)(Rom, 16. April. Beim Empfang von Tiroler Pilgern durch den Kardinalstaatssekretär waren anwesend der österreichische Botschafter und eine Reihe deutscher Prälaten. Der Kardinal betonte, daß es dem Papste großen Schmerz bereite, die Pilger nicht sehen zu können.

Rheinland-Westfalen.

:: Köln, 16. April. Auf der Ausstellung Alt- und Neu-Köln wird von der Antiken-Abteilung des Wallraf-Richartz-Museums ein Modell des römischen Köln ausgestellt werden und zwar im Zusammenhang mit den Aufnahmen des römischen Köln von Schulze und Steuernagel. Es ist das erste Mal, daß der Versuch gemacht wird, von einer der großen römischen Städte unserer Gegenden ein volles plastisches Modell aufzustellen. Von der Umgebung der Stadt werden ein Teil der Gräberstraßen, sowie die Befestigung von Deutz mit in das Städtebild einbegriffen sein. Bei einem Maßstab von 1 : 750 mißt das ganze Modell zirka 3 Meter im Quadrat. Ueber die bei der Aufstellung befolgten Grundsätze wird in einer Sonderschrift vom Museumsdirektor, Dr. Poppelreuter, gehandelt, welche in der Ausstellung käuflich sein wird.

* In einer Kanalgrube ertrunken. Ein fünf Jahre altes Mädchen fiel gestern nachmittag auf einem Hof der Suitbertusstraße in Köln in eine Senkgrube und dabei zu Tode. Andere Kinder benachrichtigten die Polizei, doch war das Kind schon ertrunken, als Hilfe hinzukam. Das Mädchen hatte eine Einfriedigung überstiegen und den Deckel der Grube geöffnet, wobei es in die Grube fiel.

Vermischtes.

* **Zum Kaiserpreis-Wettsingen in Frankfurt a. M.** hat der Kaiser ein Erinnerungszeichen verliehen, das allen 41 teilnehmenden Vereinen überreicht wird. Ferner werden außer den in den engeren Wettbewerb kommenden 14 Vereinen noch etwa weitere 7 Vereine mit Ehrenpreisen bedacht werden. Aus diesem Grunde müssen in Zukunft sämtliche Vereine bei der Preisverteilung vertreten sein.

Nachwinter.

* Straßburg, 15. April. Der Schaden, den die Kälte der letzten Tage besonders im Obst- und Weinbau verursacht hat, wird auf mehrere Millionen geschätzt. Am schlimmsten wurde das Oberelsaß und besonders der Sundgau mitgenommen, wo die Temperatur in der Sonntagsnacht auf minus 8 Grad sank. Das Steinobst ist vernichtet. In dem Kolmarer Banne wurde schon am Sonnabendnachmittag ein Räucherungsdienst organisiert, doch vielfach schon zu spät. In den höheren Lagen der bekannten Türkheimer Gegend ist die Aussicht auf eine Weinernte vernichtet.

Zum Jahrestag des „Titanic"-Unglücks.

Dienstag hatte es sich gejährt, daß die Welt von dem Unglück der „Titanic" erschüttert wurde. Zur Erinnerung daran wurde gestern bei Neuyork ein Leuchtturm eingeweiht. Eine Meldung des „Reuterschen Bureaus" besagt darüber: Der Leuchtturm zum Andenken an die Verunglückten der „Titanic" ist mit einer eindrucksvollen Feier eingeweiht worden. Der Leuchtturm wurde von der Regierung übernommen.

Das amerikanische Bundesgericht hat die Frist für die Einreichung von Entschädigungsansprüchen gegen die Ocean Steamship Company wegen des bei der „Titanic"-Katastrophe erlittenen Schadens in ungefähr 60 Fällen verlängert. Für sieben Schweizer wurde die Frist um dreißig Tage, für über 50 Einwanderer um eine Woche verlängert. Die Gesamtschadenersatzansprüche betragen 11 774 604 Dollar (ungefähr 48 Mill. Mk.) in zusammen 685 Fällen. Weitere Ansprüche werden nicht mehr berücksichtigt.

)—(Auch die Landwirtschaft steht jetzt mehr als früher im Zeichen der Elektrizität und der Maschinen. So ist die elektrische Melkmaschine, die bisher ein ständiges Requisit der Witzblätter war, nach langen Versuchen jetzt tatsächlich praktisch verwendbar. In Holstein besteht eine von einem 6 PS.-Benzinmotor getriebene Anlage von 16 Melkmaschinen für 180 Kühe, die nur eine Bedienung von 5 Mann erfordert. Auf dem Versuchsfeld in Lafayette ist kürzlich ein Dampfpflug geprüft worden, der 1 Hektar in 10½ Minuten pflügt. Er hat 50 schräg nebeneinander angeordnete Scharen, die eine Breite von je 61 Meter bearbeiten. Zu seiner Bedienung sind vier Leute nötig. Das Neueste dürfte die elektrische Bestrahlung des Bodens sein, durch die der Ertrag bedeutend gesteigert werden soll. Versuche dieser Art sind in der Elektrokulturanlage auf dem Gute Petrovic unter Kontrolle der landwirtschaftlichen Akademie Tabor angestellt worden. Sie haben ergeben, daß das Erträgnis an Weizen um 50 Prozent, an Zuckerrüben um 30 Prozent und an Hafer um 100 Prozent gesteigert wird. T.J.K.

Handel und Verkehr.

Schiffs-Nachrichten.

Hafenverkehr im Rhein-Erft-Hafen zu Neuß.

Angekommen am 16. April: Schiff „Gouda", Schiffer de Walle, mit Cement. Schiff „Dei Volundas", Schiffer M. Oemens, mit Leinsaat von Antwerpen. Schiff „Elisa", Schiffer Remael, mit Leinsaat von Antwerpen. Schiff „Morgenstern", Schiffer Wenting, mit Stückgut von Rotterdam. Schiff „Catharina Maria", Schiffer Schmitz, mit Weizen von Rotterdam.



Also das ist
Backwunder
„Backwunder"
–das echte Sicherheits-Backpulver–
von dem mir meine Schwester aus Cöln soviel Gutes geschrieben hat!
Ich will es doch gleich einmal probieren!

Vom Dr. Eisenbarth.

Viele Leute werden sehr verwundert aufschauen, wenn sie hören, daß der Dr. Eisenbarth ein Denkmal gesetzt haben soll. Haben sie ihn doch vielleicht nur für eine sagenhafte Gestalt gehalten, oder, wenn sie an solche historische Existenz glaubten, doch eine so schlechte Meinung von deren Wert gehabt, daß sie selbst der größten und oberflächlichsten Denkmalswut nach dieser Seite hin keine Entgleisung zutrauten.

Es ist aber wirklich so, daß Dr. Eisenbarth ein Denkmal bekommen soll; daß dadurch nicht nur seine historische Existenz, sondern auch ein gewisser Wert seines Wirkens äußerlich sichtbar hergestellt werden soll. Es ist seine Vaterstadt Münden, wo man sein Andenken so pietätvoll ehren will. Der Künstler, Professor Gustav Eberlein, der das Werk schaffen soll, stammt gleichfalls aus Münden. Es wird also im doppelten Sinne ein Stück Heimatgeschichte und Heimatkultur darin verkörpert sein. Weit über die Gewarkung der Stadt Münden hinaus freilich hat den Ruf des seltsamen Mannes das bekannte Kommerslied getragen, von dem man allerdings mit der Bibel sagen möchte, daß es nicht eben fein sei. Er wird da zum Typus des gewissenlosen und unwissenden Charlatans gemacht. Ein Kern Wahrheit steckt darin. Aber im Zusammhang mit der Kultur seiner Zeit betrachtet, verliert sein Charakterbild doch teilweise den karikaturhaften Zug

Dr. Johannes Andreas Eisenbarth wurde 1661 geboren. Da seine Vaterstadt Münden gleichzeitig braunschweigisch, hannöverisch und englisch war, so war es für ihn nicht schwer, den pompösen Titel eines groß-britannischen und braunschweigisch-lüneburgischen Landarztes zu bekommen. Das sah schon nach etwas aus. So stehts deshalb auch auf seinem Grabstein an der St. Blasiuskirche seiner Vaterstadt, und so wird er es wohl auch bei seinen Reisen in den Zeitungen und an seiner Marktbude einem verehrlichen Publiko recht eindringich und wahrnehmbar vor Augen geführt haben. Manches muß er immerhin verstanden haben. Hatte er doch unter anderm ein ausdrückliches Privilegium zur Ausübung seines Berufes auch von dem König von Preußen, Friedrich dem Ersten. Der Hofratstitel, den er führte, war allerdings dem Brauch damaliger Zeiten entsprechend für 200 Taler zu kaufen gewesen. Das Geschäft muß es eingebracht haben. 1727 starb der seltsame Mann.

Ueber sein Auftreten sind wir besonders gut unterrichtet durch den bekannten Brief des Theologen Heumann an den Konsistorialrat Hauber in Bückeburg. Da macht es ja nun freilich auf uns einen gar sonderbaren Eindruck wenn wir den studierten Herren wie einen Budenbesitzer von Markt zu Markt fahren sehen, wo er dann von einer prächtigen Schaubühne herab sich persönlich der gaffenden Menge vorstellte: „Ich bin der berühmte Dr. Eisenbarth", woran sich die Aufforderung schloß, sich ihm in allen Nöten des Leibes anzuvertrauen. Von dem Spezialistentum unserer Zeit war er dabei noch sehr weit entfernt Er kurierte Augen und Unterleibsgewächse, Gedächtnisschwund und Magenleiden, Brüche und Ohrensausen, schnitt Steine aus Blase oder Galle und vertrieb den Rheumatismus — kurz und gut, es gab kein Eckchen des zerbrechlichen Wohnsitzes unserer Seele, in dem er sich nicht auskannte.

Versetzen wir uns in jene Zeiten zurück, so war freilich für sie die Absonderlichkeit nicht ebenso groß wie für uns. Einmal war die Arbeitsteilung in den Wissenschaften noch nicht soweit vorgeschritten und die primitiveren Kenntnisse erlaubten die Beherrschung größerer Gebiete. Sodann war die weltliche Wissenschaft noch nicht zu so vornehmer Stellung wie heute emporgestiegen Wie ein Dr. Faust oder ein Parazelsus ihre Künste wohl gelegentlich auf offenem Markt sehen ließen, so konnte es auch wohl ein Dr. Eisenbarth ungeniert tun. Noch standen sich die verschiedenen Berufe und Volksklassen näher als heute. Und so gut wie Hans Sachs als Schuster sich auch gleichzeitig eine gelehrte Bücherei zulegen konnte, so gut mochte wohl auch der Gelehrte vor Gevatter Schneider und Handschuhmacher seine Weisheit auskramen. In den Zeiten des dreißgjährigen Krieges hatte die Kulturentwicklung lange genug stillgestanden, um in der Beziehung noch keine große Aenderung eintreten zu lassen. Höchstens kann man sagen, beweist die Tatsache, daß sich an Eisenbarths Namen der Spott anhängte, daß seine Zeit einen Wendepunkt und eine neue Entwicklung bedeutete. Und doch gerade im beginnenden 17. Jahrhundert der Philosoph Leibnitz überall die Männer der Wissenschaft vom lauten Treiben des Marktes zur stilleren Sammlung in den Akademien ein. Hat also auch Dr. Eisenbarth nicht gerade die medizinische Forschung um große Erkenntnisse bereichert, so mag man ihn immerhin als kulturhistorischen Typus gelten lassen. Als solcher wird ihm ein Denkmal gerecht werden müssen. Man kann neugierig sein, wie sich der Künstler mit der eigenartigen und sicher des Humors nicht entbehrenden Aufgabe abfinden wird.

Günstige Kaufgelegenheit für Brautleute

Max Müller's

Besonders billiger Emaille-Verkauf

beginnt heute Freitag

Beachten Sie meine Auslagen

Kochtöpfe gross	95 Pf.	Löffelbleche dekoriert	1.45
Milchkocher	68 Pf.	Kehrschaufeln	39 Pf.
Gemüseseiher gr.	75 Pf.	Essenträger 2teil.	68 Pf.
Wasserkannen	65 Pf.	Schaffnerkrüge 1 Ltr.	39 Pf.
Schöpflöffel	15 Pf.	Kartoffeleimer	68 Pf.
Wasserkessel gr.	95 Pf.	Eimer 28 cm	85 Pf.
Kaffeekannen	42 Pf.	Schöpfer m. Stiel	25 Pf.
Sand-,Seife-,Sodagarn.	95 Pf.	Waschbecken mit Seifennapf	50 Pf.

Compl. Kücheneinrichtungen in **Ia. Düsseldorfer Emaille** weiss und braun **in Crême m. Gold** sowie **Aluminium** **Ia. Qualität** **besonders preiswert**

Diese Waren sind auf Tischen extra ausgelegt.

Centrumspartei Neuß.

Bezirk St. Josefspfarre.

Sonntag, den 20. April, morgens 11 Uhr findet bei **Paar, Neuß-Weißenberg** eine

Versammlung

mit dem Hauptpunkt

Wahl des Bezirksvorstandes 2c.

auf der Tages-Ordnung statt, zu der hiermit eingeladen wird.

Das Präsidium
P. W. Kallen, Lamb. Goder, Jos. Josten.

Man verlange nicht einfach eine Flasche „**Wasser**", sondern ausdrücklich

Gerolsteiner Sprudel

mit dem roten Stern
um Verwechslungen mit ähnlich klingenden Namen vorzubeugen.

Hauptniederlage
C. W. Korten, Neuss,
Niederstrasse 6.

Statt besonderer Anzeige.

Gestern nachmittag 5½ Uhr entschlief sanft und gottergeben mein innigstgeliebter, guter Gatte, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel,

der wohlachtbare Herr

Wilhelm Lansen

mehrmals gestärkt mit den Heilsmitteln der römisch-kath. Kirche, im Alter von 56 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Neuss, Berlin, Düsseldorf, Velbert, den 17. April 1913.

Die Beerdigung findet am Sonntag-Nachmittag 3½ Uhr, vom Sterbehause Glockhammer 9 aus statt. Die feierl. Exequien werden am Montag-Morgen 9 Uhr, in der Münsterkirche gehalten.

Allen welche uns ihre Teilnahme bei dem herben Verluste unserer lieben unvergeßlichen Mutter bewiesen haben, sprechen wir hiermit unsern

innigsten Dank aus.

Neuß, den 18. April 1913.

Geschwister Vetter.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 4 des Reglements über die Ausführung der Wahlen zum Hause der Abgeordneten vom 14. März 1903, 20. Oktober 1906 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die **Urwählerliste** für die gemäß Verfügung des Herrn Königlichen Landrates zu Neuß vom 20. März zu **einem Urwahlbezirke** vereinigten Gemeinden **Nettesheim-Butzheim** und **Frixheim-Anstel** drei Tage lang, und zwar am 21., 22. und 23. April 1913, vormittags von 8 bis 12 Uhr, im hiesigen Bürgermeisteramte öffentlich ausgelegt ist.

Wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, kann innerhalb drei Tagen nach dem Beginn der Auslegung bei dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erheben.

Stimmberechtigter Urwähler ist jeder selbstständige Preuße, welcher das vierundzwanzigste Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte infolge rechtskräftigen, richterlichen Erkenntnisses verloren hat, in der Gemeinde seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat und nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhält.

Nettesheim, den 16. April 1913.

Der Bürgermeister:
Demuth.

Mit dem heutigen Tage habe ich mein

Pferde-Geschäft aufgegeben.

Frau Wwe. M. Neidhöfer

Jünglingskongregation St. Marien.

Sonntag, den 20. dss., abends ½7 Uhr, im **Marienhause**

Elternabend,

bestehend in mehrstimmigen **Liedern, Turnen** und **Vorführung zweier Theaterstücke.**

Vortrag des Herrn Lehrers **Patrosio:**

„Inwiefern trägt die Kongregation dazu bei, die Jugend vor den Gefahren des Lebens zu schützen?"

Alle Eltern, Freunde und Gönner unserer Jugendsache sind uns herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Christl. Metallarbeiterverband

Sonntag den 2. April, morgens 11 Uhr bei **Flob**

Versammlung

Es ist Pflicht eines jeden Gewerkschaftler die Versammlung pünktlich zu besuchen

Der Vorstand.

Schützenverein Weißenberg-Neußerfurth.

Samstag, den 19. cr., abends 9 Uhr, bei Herrn C. Schmalbach, Neußerfurth:

Zweite Generalversammlung.

Bekanntmachung.

Es ist angeregt worden, das **Regierungsjubiläum Seiner Majestät des Kaisers und Königs** durch eine **gemeinschaftliche öffentliche Feier** unter Beteiligung **aller hiesigen Vereine** festlich zu begehen.

Die **Vorstände** der hiesigen **Vereine** werden hiermit zu einer **Vorbesprechung** auf **Donnerstag, den 24. ds. Mts., abends 8 Uhr** im **Central-Hotel** hierselbst ergebenst eingeladen.

Wevelinghoven, den 17. April 1913.

Der Bürgermeister: **Knaben.**

Eine Bank sucht einen

Lehrling

Angebote sind mit Angaben über die Schulbildung, den Eintrittstermin und von Referenzen unter **O 797** an die Geschäftsstelle d. Ztg. zu senden

---

Ziegelsteine

Ia. Ringofen-Maschinen-Ziegelsteine offerier. frei Schiff jeder Rheinstation **Neuwieder Ziegel- und Kalkwerke**
Brückner & Jaizen.
Fernspr. 217.

Beleuchtungskronen a. Private mit 33⅓% Rab. **W. Schmitz,** Düsseldorf, Stephanienstr. 19, Tel. 9854

Möbel.

Kleiderschränke große u. kleine, 1 u. 2schl. Betten, Waschkomode m. Spiegel, Vertikow, Tische, Stühle und Herde, wie ganze Einrichtungen stehen bill. zu verkaufen.

Kolpingstr. 12.

Herren-Anzugstoffe, schwarze u. blaue Cheviots v. Meter 3.75 Mk., Ladenpreis viel höher. **Reste für Knaben-Hosen** äußerst billig.
Quirinusstr. 3, part.

Alle Arten gebrauchter

Fässer

kauft und verkauft
Hub. Schicken,
Neuß,
Zufuhrstr. a. Bahnhof.

Fremde sortenechte
Industrie-Saatkartoffeln
hat abzugeben
Schornstein, Holzheim.
Kohlen- u. Kartoffelhandl.

Kinderhilfstag!

Düsseldorf, Sonntag 20. April

Matinees im Stadttheater u. Schauspielhaus
o Promenaden-Konzert o
Blumen-, Lose- und Postkartenverkauf
Fünfuhrtee im Parkhotel und Breidenbacher Hof mit Liebhaber-Aufführungen
o o o o und Tanz o o o o
o Lustiger Abend im Rheingold o
o o o Veranstaltet von den o o o

Der Kinderfürsorge gewidmeten Vereinen.

Prozessions-Verein für Knechtsteden zu Ehren der schmerzhaften Gottesmutter.

Sonntag, den 20. April, gleich nach der 5 Uhr-Andacht in der Münsterkirche

Hauptversammlung

im **Jugendheim,** Markt 19, im großen Saale.

Mitteilungen,
Rechnungsablage,
Vortrag,

wozu alle Pilger und Pilgerinnen freundl. einladet

Der Vorstand.

Jugendverein „Fortitudo"

Sonntag den 20. April,
abends 6½ Uhr,
im großen Saale des **Hotel Pelzer:**

Theater-Abend

unter Mitwirkung des **Pfarr-Cäcilienchores von St. Quirin.**

Zur Aufführung gelangt das Schauspiel:

„Elmar"

nach Webers „Dreizehnlinden" bearbeitet von **Dr. J. Faust.**

Der **Reinertrag** kommt ganz dem **neuen Aloysiusaltar** in der Münsterkirche zu.

Anfang punkt 6½ Uhr. — Ende gegen 10 Uhr.

Eintrittskarten für 1. Platz zu 1 Mk. und für 2. Platz zu 50 Pfg. sind zu haben bei Bezirksvorstehern, in den Geschäften von **Rutz, Lucas** und **Floer,** im Jugendheim und abends an der Kasse.

Junggesellen-Sodalität.

Stenographischer Uebungszirkel.

Heute abend 8¼ Uhr im Vincenzhaus (klein. Saal:

Uebungsstunde.

Am Sonntag, den 20. April cr., beginnt **morgens um 11½ Uhr** in dem oben genannten Hause wieder ein **neuer Kursus in National-Stenographie.**

Diejenigen **Vereinsmitglieder,** welche an diesem **Kursus** noch teilnehmen wollen, werden gebeten, sich bei dem Mitgliede **Heinrich Kronen,** Promenadenstr. 24, anzumelden.

Der Leiter.

Waschmaschinen repariert promt u. billigst **P. J. Engelmann,** Bergheimerstr. 97.

Eckendorfer u. Lanker, beste sortenreine Saaten per Pfd. 60 Pfg., **Org., Prov.-Luz.,** p. Ctr. 75 M. **M. Schläger,** Belmen.

St. Vinzenz-Verein, Neuß.

Sonntag, den 20. April cr., feiern die beiden hiesigen Vinzenz-Konferenzen die

hundertjähr. Wiederkehr d. Geburtstages Friedrich Ozanams,

des **Gründers** der Vinzenz-Vereine, in nachfolgender Weise:

Morgens in den beiden Pfarrkirchen: **Danksagungsmesse** mit **gemeinschaftlicher hl. Kommunion** der **Mitglieder, Pflegebefohlenen** und **Teilnehmer** der Konferenzen und zwar für **St. Quirin** in der hl. Messe um **6½ Uhr** und für **St. Marien** um **7 Uhr.**

Nachmittags 6 Uhr:

Fest-Versammlung

im roten Saale der Bürgergesellschaft.

Festredner: Herr Professor Dr. Felten, Siegburg.

Der Pfarr-Cäcilienchor von St. Marien hat seine Mitwirkung freundlichst zugesagt.

Zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen laden wir unsere Mitglieder, Pflegebefohlenen und Teilnehmer, sowie die Mitglieder der Elisabethvereine und übrigen charitativen Vereine höflichst ein.

Die Vorstände der Vinzenz-Konferenzen von St. Quirin und von St. Marien.

Kath. Gesellenverein Neuß.

Sonntag, den 20. April, abends ½9 Uhr:

Namenstagsfeier

unseres **Präses,** des

Herrn Rektor Geller,

sowie des **Vizepräses**

Herrn Kaplan Fröschen.

Hierzu ladet die **Mitglieder** und **Ehrenmitglieder** mit ihren **Damen** freundlichst ein

Der Vorstand.

Katholischer Beamtenverein Neuß und Umgegend.

Am Sonntag, den 20. April 1913, vormittags 11¾ Uhr im Restaurant **Bährens,** Neuß, Crefelderstraße

Vertrauensmännerversammlung.

1. Ablieferung der Beiträge.
2. Mitteilungen.

Die Vertrauensmänner u. Vorstandsmitglieder werden hierzu eingeladen.

Nächste Monatsversammlung am Sonntag, den 27. April 1913, abends 8½ Uhr im Restaurant zum Amtsgericht.

Der Präses: Buchholz, Rektor.

Turn- und Schwimmverein für Frauen und Mädchen.

Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 4 Uhr, in der **Turnhalle der Städt. Oberrealschule:**

öffentl. Turnstunde.

Nur Karten-Inhaber haben Zutritt. Interessenten wollen sich wegen Eintrittskarten an den Vorstand oder an die Mitglieder wenden.

Heute nachmittag von 5—6 Uhr:

Kinderturnstunde.

Der Vorstand.

Bau- und Stuckarbeiten!

Das Alleinausführungs-Recht d. **baupolizeilich genehmigt. Verfahrens** zur Herstellung einer **wirklich schalldämpfenden Holzbalkendecke u. freitragenden schalldämpfenden**

Rohr-Beton Spreng-Wand

unter Verwendung von kombiniert. Schilfrohrgewebe mit aufgeflochten. Drahtgeflecht habe ich bezirksweise unt. günst. Bedingung. an solvente Unternehmer zu übertragen

Ernstliche Reflektanten erfahren Näheres durch:

Carl Poggenhaus,
Köln a. Rh.,
Kuffbäuerstraße 59.

Rhenania-Edelputz, Westfalia-Steinputz

der

Vereinigt. Steinwerke in Kupferdreh

liefern prompt und billig

Gebrüder Klein,
Neuß am Rhein Kunststeinwerk,
Tel. 497.

Alleinvertrieb für die **Kreise Neuß u. Grevenbroich.**

Hochtragendes Rind zu verkaufen.
Bergheimerstr. 125.

Ordentliche Leute finden **gute Kost und Logis.** Wo, sagt die E.

Fräulein erteilt gründlichen **Klavierunterricht** Offerten unter **R 601** an die Exped. d. Ztg.

Eine **schwarzgraue Jagdhündin** mit weißer Brust und weißen Pfoten **zugelaufen.** Abzugeben **W. Berchers, Stürzelberg.**

---

2 Jagdhunde

zugelaufen. 1 brauner und 1 Braunliger. **Ab zuholen bei**

Frau Heckhausen, Butzheim.